

**Art. 27.** Le ministre flamand qui a la Jeunesse dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.  
Bruxelles, le 20 mai 2022.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,  
J. JAMBON

Le Ministre flamand des Affaires bruxelloises, de la Jeunesse et des Médias,  
B. DALLE

## DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

### MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/202203]

#### 21. FEBRUAR 2022. — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen, Artikel 25 § 1;

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege, Artikel 58 Absatz 2;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für die Seniorenunterstützung vom 11. August 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 24. November 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 25. November 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 70.715/3 des Staatsrates, das am 24. Januar 2022 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - Artikel 1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich, abgeändert durch den Erlass vom 3. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

„Vom Anwendungsbereich des vorliegenden Erlasses ausgenommen sind:

1. die zur stationären oder ambulanten Betreuung von Jugendlichen anerkannten juristischen Personen in öffentlicher Trägerschaft, mit Ausnahme von Projekten;

2. die im Dekret vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege aufgeführten Angebote in öffentlicher Trägerschaft.“

**Art. 2** - In Artikel 7 desselben Erlasses wird die Wortfolge „Graduierten oder Lizenziaten“ durch die Wortfolge „Inhaber eines Bachelor- oder Masterdiploms“ ersetzt.

**Art. 3** - In Artikel 8 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse vom 3. Juni 2006, vom 23. Dezember 2008 und vom 8. Dezember 2016, wird folgender Paragraph 4.1 eingefügt:

„§ 4.1 - Ab dem Jahr 2021 wird für die Bezuschussung der Personalkosten ein zusätzlicher Urlaubstag berücksichtigt, mit Ausnahme der Wohn- und Pflegezentren für Senioren.“

**Art. 4** - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 16. Juli 2020, wird folgendes Kapitel IV.1, der die Artikel 13.1 bis 13.6 umfasst, eingefügt:

*„KAPITEL IV.1 - BESONDERE BESTIMMUNGEN IM BEREICH DER GESUNDHEITS- UND SENIORENPOLITIK*

**Art. 5** - In Kapitel IV.1 desselben Erlasses wird folgender Artikel 13.1 eingefügt:

*„Art. 13.1 - Besonderer Anwendungsbereich*

Die besonderen Vorschriften dieses Kapitels finden Anwendung auf die Personalkosten, die berücksichtigt werden für die Berechnung der Zuschüsse zugunsten folgender Dienstleister, Einrichtungen und Organisationen:

1. Dienstleister der Wohn- und Pflegezentren für Senioren sowie der Palliativpflegeverband im Sinne des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege;

2. Träger von psychiatrischen Pflegewohnheimen im Sinne des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die psychiatrischen Pflegewohnheime;

3. Initiativen des begleiteten Wohnens im Sinne von Artikel 6 des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen, insofern sich die Tätigkeit auf das deutsche Sprachgebiet erstreckt.“

**Art. 6** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 13.2 eingefügt:

*„Art. 13.2 - Gehaltstabellen*

Für die in Artikel 13.1 erwähnten Personalkosten werden die in Anhang I des vorliegenden Erlasses vorgesehenen Tabellen berücksichtigt.“

**Art. 7** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 13.3 eingefügt:

*„Art. 13.3 - Untergeordnete Leitungsfunktion*

Unbeschadet des Artikels 7 werden für die in Artikel 13.2 erwähnten Personalkosten gegebenenfalls für Personalmitglieder, die einen Teilbereich eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren leiten oder die Funktion des Pflegedienstleiters ausüben, die in Anhang I vorgesehenen Tabellen berücksichtigt und um ein zusätzliches Dienstalter von zwei Jahren erhöht, wenn:

1. die Einrichtung über mindestens 55 Plätze verfügt;
2. das betreffende Personalmitglied einen Teilbereich mit mindestens 30 Plätzen leitet.

Für die Anwendung von Absatz 1 können nur die Tabellen 11, 13 und 15 berücksichtigt werden.“

**Art. 8** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 13.4 eingefügt:

*„Art. 13.4 - Unregelmäßige Arbeitszeiten*

Für Personalmitglieder von Wohn- und Pflegezentren für Senioren, die Abend-, Nachtschichten oder Schichten an Wochenenden und Feiertagen im Sinne von Kapitel 2 des Königlichen Erlasses vom 28. Dezember 2011 zur Ausführung des Attraktivitätsplans für den Krankenpflegeberuf in gewissen föderalen Gesundheitsbereichen, was die Prämien für Titel und besondere berufliche Qualifikationen und unbequeme Leistungen betrifft, leisten, werden die zu berücksichtigenden Personalkosten gemäß den in Anhang I festgelegten Tabellen pauschal um 11 % erhöht.“

**Art. 9** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 13.5 eingefügt:

*„Art. 13.5 - Prämien für besondere Berufsbezeichnungen und besondere berufliche Qualifikationen*

Für Personalmitglieder von Wohn- und Pflegezentren für Senioren und des Palliativpflegeverbands, die über eine besondere Berufsbezeichnung als Fachkrankenschwester für Geriatrie oder Psychiatrie oder über eine besondere berufliche Qualifikation als Krankenschwester mit besonderer Fachkenntnis im Bereich Geriatrie, im Bereich Psychiatrie oder im Bereich Palliativpflege im Sinne des Königlichen Erlasses vom 27. September 2006 zur Festlegung der Liste der besonderen Berufsbezeichnungen und besonderen beruflichen Qualifikationen für die Krankenpflegefachkräfte verfügen, werden die in Kapitel 1 des Königlichen Erlasses vom 28. Dezember 2011 zur Ausführung des Attraktivitätsplans für den Krankenpflegeberuf in gewissen föderalen Gesundheitsbereichen, was die Prämien für Titel und besondere berufliche Qualifikationen und unbequeme Leistungen betrifft, vorgesehenen und tatsächlich ausbezahlten Prämien als Personalkosten berücksichtigt.

Für jedes betroffene Personalmitglied wird ungeachtet der Anzahl besonderer Berufsbezeichnungen und besonderer beruflichen Qualifikationen nur eine Prämie ausbezahlt. In diesem Fall wird die höchste anwendbare Prämie gewährt.“

**Art. 10** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 13.6 eingefügt:

*„Art. 13.6 - Maßnahmen zum Laufbahnende*

Für Personalmitglieder von Wohn- und Pflegezentren für Senioren, des Palliativpflegeverbands und des Begleiteten Wohnens, die sich gemäß Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 15. September 2006 zur Ausführung von Artikel 59 des Programmgesetzes vom 2. Januar 2001 zur Festlegung von sozialen, Haushalts- und sonstigen Bestimmungen, was die Maßnahmen zur Arbeitsbefreiung und zum Laufbahnende betrifft, für die Auszahlung einer Prämie entschieden haben und denen diese Prämie tatsächlich ausbezahlt wurde, wird diese Prämie als Personalkosten berücksichtigt.

Wenn die in Absatz 1 erwähnten Personalmitglieder sich gemäß Artikel 2 desselben Königlichen Erlasses für eine Freistellung ihrer Arbeitszeit oder eine Kombination aus der Freistellung und der Auszahlung der Prämie entschieden haben und der Dienstleister eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, des Palliativpflegeverbands oder des Begleiteten Wohnens Personal zur Deckung der freigestellten Arbeitszeit eingestellt hat, werden die dadurch anfallenden Personalkosten gemäß Artikel 5 und dem Anhang desselben Königlichen Erlasses berücksichtigt.“

**Art. 11** - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. September 2020 in Kraft, mit Ausnahme:

1. des Artikels 2, der am Tag der Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt in Kraft tritt;
2. des Artikels 3, der mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft tritt;

3. des Artikels 9, der mit Wirkung vom 1. Januar 2022 in Kraft tritt, insofern er Personalmitglieder betrifft, die über eine besondere Berufsbezeichnung als Fachkrankenschwester für Psychiatrie oder über eine besondere berufliche Qualifikation als Krankenschwester mit besonderer Fachkenntnis im Bereich Psychiatrie verfügen.

**Art. 12** - Der Minister für Soziales wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 21. Februar 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen  
A. ANTONIADIS

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2022/202203]

**21 FEVRIER 2022. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20, modifié par la loi du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, l'article 25, § 1<sup>er</sup>;

Vu le décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs, l'article 58, alinéa 2;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé;

Vu l'avis du conseil consultatif pour le soutien aux personnes âgées, donné le 11 août 2021;

Vu l'avis de l'Inspecteur des finances, donné le 24 novembre 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 25 novembre 2021;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 70.715/3, donné le 24 janvier 2022, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** Dans l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé, modifié par l'arrêté du 3 juin 2008, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Sont exclues du champ d'application du présent arrêté :

1° les personnes morales de droit public reconnues pour la guidance résidentielle et ambulatoire des jeunes, à l'exception des projets;

2° les offres publiques énumérées dans le décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs. »

**Art. 2.** À l'article 7 du même arrêté, les mots « un gradué ou licencié » sont remplacés par les mots « le porteur d'un bachelor ou d'un master ».

**Art. 3.** L'article 8 du même arrêté, modifié par les arrêtés des 3 juin 2006, 23 décembre 2008 et 8 décembre 2016, est complété par un paragraphe 4.1 rédigé comme suit :

« § 4.1 - À partir de l'année 2021, un jour de congé supplémentaire est pris en compte pour la subsidiation des frais de personnel, à l'exception des centres de repos et de soins pour personnes âgées. »

**Art. 4.** Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du 16 juillet 2020, il est inséré un chapitre IV.1, comportant les articles 13.1 à 13.6, rédigé comme suit :

« CHAPITRE IV.1 - Dispositions particulières en matière de politique de la santé et des personnes âgées

**Art. 5.** Dans le chapitre IV.1 du même arrêté, il est inséré un article 13.1 rédigé comme suit :

« Art. 13.1 - Champ d'application particulier

Les prescriptions particulières du présent chapitre s'appliquent aux frais de personnel pris en considération pour le calcul des subsides accordés aux prestataires, institutions et organisations suivants :

1° les prestataires des centres de repos et de soins pour personnes âgées et de l'association de soins palliatifs au sens du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs;

2° les pouvoirs organisateurs des maisons de soins psychiatriques au sens du décret du 4 juin 2007 relatif aux maisons de soins psychiatriques;

3° les initiatives d'habitation protégée au sens de l'article 6 de la loi sur les hôpitaux et autres établissements de soins, coordonnée le 10 juillet 2008, pour autant que l'activité s'étende sur le territoire de la région de langue allemande. »

**Art. 6.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 13.2 rédigé comme suit :

« Art. 13.2 - Échelles de traitement

Pour les frais de personnel mentionnés à l'article 13.1, les échelles de traitement figurant à l'annexe I du présent arrêté sont prises en considération. »

**Art. 7.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 13.3 rédigé comme suit :

« Art. 13.3 - Fonction dirigeante subordonnée

Sans préjudice de l'article 7, pour les frais de personnel mentionnés à l'article 13.2, le cas échéant, pour les membres du personnel qui dirigent une partie d'un centre de repos et de soins pour personnes âgées ou qui exercent la fonction de directeur des soins infirmiers, les échelles de traitement figurant à l'annexe I sont prises en considération et augmentées d'une ancienneté supplémentaire de deux ans si :

1° l'institution dispose d'au moins 55 places;

2° le membre du personnel concerné dirige une partie comprenant au moins 30 places.

Pour l'application de l'alinéa 1<sup>er</sup>, seules les échelles de traitement 11, 13 et 15 peuvent être prises en considération. »

**Art. 8.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 13.4 rédigé comme suit :

« Art. 13.4 - *Horaires de travail irréguliers*

Pour les membres du personnel des centres de repos et de soins pour personnes âgées qui présentent des heures le soir, la nuit ou les weekends et jours fériés, au sens du chapitre II de l'arrêté royal du 28 décembre 2011 relatif à l'exécution du plan d'attractivité pour la profession infirmière, dans certains secteurs fédéraux de la santé, en ce qui concerne les primes pour des titres et qualifications professionnels particuliers et les prestations inconfortables, les frais de personnel à prendre en considération sont majorés de 11 % de manière forfaitaire conformément aux échelles de traitement figurant à l'annexe I. »

**Art. 9.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 13.5 rédigé comme suit :

« Art. 13.5 - *Primes pour des titres et qualifications professionnels particuliers*

Pour les membres du personnel des centres de repos et de soins pour personnes âgées et de l'association de soins palliatifs qui disposent d'un titre professionnel particulier en tant qu'infirmier spécialisé en gériatrie ou psychiatrie ou d'une qualification professionnelle particulière en tant qu'infirmier ayant une expertise particulière en gériatrie, psychiatrie ou soins palliatifs, au sens de l'arrêté royal du 27 septembre 2006 établissant la liste des titres professionnels particuliers et des qualifications professionnelles particulières pour les praticiens de l'art infirmier, les primes prévues et effectivement versées au titre du chapitre I<sup>er</sup> de l'arrêté royal du 28 décembre 2011 relatif à l'exécution du plan d'attractivité pour la profession infirmière, dans certains secteurs fédéraux de la santé, en ce qui concerne les primes pour des titres et qualifications professionnels particuliers et les prestations inconfortables sont prises en considération en tant que frais de personnel.

Pour chaque membre du personnel concerné, une seule prime est versée, et ce, quel que soit le nombre de titres et de qualifications professionnels particuliers. Dans ce cas, la prime applicable la plus élevée est accordée. »

**Art. 10.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 13.6 rédigé comme suit :

« Art. 13.6 - *Mesures concernant la fin de carrière*

Pour les membres du personnel des centres de repos et de soins pour personnes âgées, de l'association de soins palliatifs et des habitations protégées qui ont opté pour le versement d'une prime et auxquels cette prime a effectivement été versée conformément à l'article 2 de l'arrêté royal du 15 septembre 2006 portant exécution de l'article 59 de la loi du 2 janvier 2001 portant des dispositions sociales, budgétaires et diverses, en ce qui concerne les mesures de dispense des prestations de travail et de fin de carrière, ladite prime est prise en considération en tant que frais de personnel.

Si les membres du personnel mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> ont opté pour une dispense de prestations de leur temps de travail ou une combinaison d'une telle dispense et du versement d'une prime conformément à l'article 2 du même arrêté royal et que le prestataire d'un centre de repos et de soins pour personnes âgées, de l'association de soins palliatifs ou des habitations protégées a engagé du personnel afin de couvrir les heures de dispense des prestations de travail, les frais de personnel qui en résultent sont pris en considération conformément à l'article 5 et à l'annexe du même arrêté royal. »

**Art. 11.** Le présent arrêté produit ses effets le 1<sup>er</sup> septembre 2020, à l'exception :

1<sup>o</sup> de l'article 2, qui entre en vigueur le jour de la publication au *Moniteur belge*;

2<sup>o</sup> de l'article 3, qui produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2021;

3<sup>o</sup> de l'article 9, qui produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2022, pour autant qu'il concerne les membres du personnel qui disposent d'un titre professionnel particulier en tant qu'infirmier spécialisé en psychiatrie ou d'une qualification professionnelle particulière en tant qu'infirmier ayant une expertise particulière en psychiatrie.

**Art. 12.** Le Ministre des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 21 février 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,  
A. ANTONIADIS

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/202203]

**21 FEBRUARI 2022.** — **Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid"**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20, gewijzigd bij de wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, artikel 25, § 1;

Gelet op het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg, artikel 58, tweede lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid";

Gelet op het advies van de Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen, gegeven op 11 augustus 2021;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 24 november 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 25 november 2021;

Gelet op advies 70.715/3 van de Raad van State, gegeven op 24 januari 2022, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2<sup>o</sup>, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** Artikel 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid", gewijzigd bij het besluit van 3 juni 2008, wordt vervangen als volgt:

"Van het toepassingsgebied van dit besluit zijn uitgesloten:

1<sup>o</sup> de publiekrechtelijke rechtspersonen die erkend zijn voor de residentiële of ambulante begeleiding van jongeren, met uitzondering van projecten;

2<sup>o</sup> het publiekrechtelijk georganiseerde aanbod vermeld in het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg."

**Art. 2.** In artikel 7 van hetzelfde besluit worden de woorden "gegradueerde of licentiaat" vervangen door de woorden "houder van een bachelor- of masterdiploma".

**Art. 3.** In artikel 8 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van 3 juni 2006, 23 december 2008 en 8 december 2016, wordt een paragraaf 4.1 ingevoegd, luidende:

"§ 4.1 - Vanaf het jaar 2021 wordt voor de subsidiëring van de personeelskosten rekening gehouden met een extra vakantiedag, met uitzondering van de woonzorgcentra voor ouderen."

**Art. 4.** In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 16 juli 2020, wordt een hoofdstuk IV.1 ingevoegd, dat de artikelen 13.1 tot 13.6 omvat, luidende:

"Hoofdstuk IV.1 - *Bijzondere bepalingen inzake gezondheidsbeleid en ouderenbeleid*"

**Art. 5.** In hoofdstuk IV.1 van hetzelfde besluit wordt een artikel 13.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 13.1 - *Bijzonder toepassingsgebied*

De bijzondere voorschriften van dit hoofdstuk zijn van toepassing op de personeelskosten die in aanmerking worden genomen voor de berekening van de subsidies van de volgende dienstverrichters, voorzieningen en organisaties:

1<sup>o</sup> dienstverrichters van de woonzorgcentra voor ouderen en van het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg in de zin van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg;

2<sup>o</sup> inrichtende machten van psychiatrische verzorgingstehuizen in de zin van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de psychiatrische verzorgingstehuizen;

3<sup>o</sup> initiatieven van beschut wonen in de zin van artikel 6 van de gecoördineerde wet van 10 juli 2008 op de ziekenhuizen en andere verzorgingsinrichtingen, voor zover die activiteit zich uitstrekt over het Duitse taalgebied."

**Art. 6.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 13.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 13.2 - *Weddeschalen*

Voor de personeelskosten vermeld in artikel 13.1 gelden de weddeschalen bepaald in bijlage I van dit besluit."

**Art. 7.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 13.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 13.3 - *Ondergeschikte leidinggevende functie*

Onverminderd artikel 7 worden voor de personeelskosten vermeld in artikel 13.2 en in voorkomend geval voor personeelsleden die een afdeling van een woonzorgcentrum voor ouderen leiden of een functie van verpleegkundig diensthoofd uitoefenen, de weddeschalen bepaald in bijlage I in aanmerking genomen en met een extra anciënniteit van twee jaar verhoogd indien:

1<sup>o</sup> de voorziening minstens 55 plaatsen heeft;

2<sup>o</sup> het betrokken personeelslid een afdeling met minstens 30 plaatsen leidt.

Voor de toepassing van het eerste lid kunnen alleen de weddeschalen 11, 13 en 15 in aanmerking worden genomen."

**Art. 8.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 13.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 13.4 - *Onregelmatige werktijden*

Voor personeelsleden van woonzorgcentra voor ouderen die avond- of nachtdiensten of diensten tijdens het weekend en op feestdagen werken in de zin van hoofdstuk 2 van het koninklijk besluit van 28 december 2011 betreffende uitvoering van het attractiviteitsplan voor het verpleegkundig beroep, in bepaalde federale gezondheidssectoren, wat betreft de premies voor de titels en bijzondere beroepsbekwaamheden en ongemakkelijke prestaties, worden de in aanmerking te nemen personeelskosten verhoogd met een forfaitaire percentage van 11 % overeenkomstig de weddeschalen in bijlage I."

**Art. 9.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 13.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 13.5 - *Premies voor bijzondere beroepstitels en bijzondere beroepsbekwaamheden*

Voor personeelsleden van woonzorgcentra voor ouderen en van het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg die houder zijn van de bijzondere beroepstitel van verpleegkundige gespecialiseerd in de geriatrie of verpleegkundige gespecialiseerd in de psychiatrie of die houder zijn van een bijzondere beroepstitel van verpleegkundige met een bijzondere deskundigheid in de geriatrie, met een bijzondere deskundigheid in de psychiatrie of met een bijzondere deskundigheid in de palliatieve zorg in de zin van het koninklijk besluit van 27 september 2006 houdende de lijst van bijzondere beroepstitels en bijzondere beroepsbekwaamheden voor de beoefenaars van de verpleegkunde, worden de premies die werkelijk betaald zijn en voorzien zijn in hoofdstuk 1 van het koninklijk besluit van 28 december 2011

betreffende uitvoering van het attractiviteitsplan voor het verpleegkundig beroep, in bepaalde federale gezondheidssectoren, wat betreft de premies voor de titels en bijzondere beroepsbekwaamheden en ongemakkelijke prestaties, in aanmerking genomen als personeelskosten.

Per personeelslid wordt slechts één premie uitbetaald, ongeacht het aantal bijzondere beroepstitels of bijzondere beroepsbekwaamheden. In dat geval wordt de hoogst mogelijke premie toegekend.”

**Art. 10.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 13.6 ingevoegd, luidende:

”Art. 13.6 - Eindeloopbaanmaatregelen

Voor personeelsleden van woonzorgcentra voor ouderen, van het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg en van de sector ‘beschut wonen’ die overeenkomstig artikel 2 van het koninklijk besluit van 15 september 2006 tot uitvoering van artikel 59 van de wet van 2 januari 2001 houdende sociale, budgettaire en andere bepalingen, wat de maatregelen inzake vrijstelling van arbeidsprestaties en eindeloopbaan betreft, besloten hebben een premie uit te betalen en aan wie die premie werkelijk uitbetaald werd, wordt die premie in aanmerking genomen als personeelskost.

Indien de personeelsleden vermeld in het eerste lid overeenkomstig artikel 2 van hetzelfde koninklijk besluit voor een vrijstelling van arbeidsprestaties of een combinatie van vrijstelling van arbeidsprestaties en uitbetaling van de premie hebben gekozen en de dienstverrichters van een woonzorgcentrum voor ouderen, van het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg of van de sector ‘beschut wonen’ personeel in dienst heeft genomen om de vrijgestelde personeelsleden te vervangen, worden de daardoor ontstane personeelskosten in aanmerking genomen overeenkomstig artikel 5 en overeenkomstig de bijlage van hetzelfde koninklijk besluit.”

**Art. 11.** Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 september 2020, met uitzondering van:

1° artikel 2, dat in werking treedt op de dag van publicatie in het *Belgisch Staatsblad*;

2° artikel 3, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2021;

3° artikel 9, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2022, voor zover het betrekking heeft op personeelsleden die de bijzondere beroepstitel van verpleegkundige gespecialiseerd in de psychiatrie of de bijzondere beroepsbekwaamheid van verpleegkundige met een bijzondere deskundigheid in de psychiatrie hebben.

**Art. 12.** De minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 21 februari 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,

A. ANTONIADIS

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

### SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C – 2022/20898]

**28 AVRIL 2022. — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant l'arrêté du Gouvernement wallon du 15 mai 2014 instaurant le système régional de qualité différenciée pour les produits agricoles et les denrées alimentaires**

Le Gouvernement wallon,

Vu le Code wallon de l'Agriculture, les articles D.6, §§1<sup>er</sup> et 4, D.7, D.17, D.41, D.42, D.61 et D.179 à D.183 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 15 mai 2014 instaurant le système régional de qualité différenciée pour les produits agricoles et les denrées alimentaires ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 23 décembre 2020 ;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 14 juillet 2021 ;

Vu la concertation entre les Gouvernements régionaux et l'Autorité fédérale, intervenue le 16 septembre 2021 ;

Vu l'avis n°181/2021 de l'Autorité de protection des données, donné le 4 octobre 2021 ;

Vu le rapport du 11 juin 2021 établi conformément à l'article 3, 2°, du décret du 11 avril 2014 visant à la mise en œuvre des résolutions de la Conférence des Nations unies sur les femmes à Pékin de septembre 1995 et intégrant la dimension du genre dans l'ensemble des politiques régionales ;

Vu l'avis 70.970/4 du Conseil d'Etat, donné le 2 mars 2022, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, 2°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Considérant la communication 2010/C 341/04 de la Commission – Orientations de l'UE relatives aux meilleures pratiques applicables aux systèmes de certification volontaires pour les produits agricoles et les denrées alimentaires ;

Considérant le Règlement (UE) n°1305/2013 du Parlement européen et du Conseil du 17 décembre 2013 relatif au soutien au développement rural par le Fonds européen agricole pour le développement rural (Feader) et abrogeant le règlement (CE) n°1698/2005 du Conseil ;

Considérant la communication à la Commission européenne, n°2020/0575/B du 2 septembre 2021, en application de l'article 5, § 1<sup>er</sup>, de la Directive (UE) 2015/1535 du Parlement européen et du Conseil du 9 septembre 2015 prévoyant une procédure d'information dans le domaine des réglementations techniques et des règles relatives aux services de la société de l'information ;